

Die Bauergewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr
Nr. 33 · 31. Jahrgang **Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3** Berlin, 16. August 1930

Treue dem Verband!

Von G. Maurer

Wer wollte es bezweifeln, daß die Zeiten ernst sind, und die Not in weiten Kreisen der deutschen Bauarbeiter groß ist. Ist der Gedanke nicht geradezu furchtbar, daß tausende Bauarbeiter bereits weit über ein halbes Jahr ohne Arbeit und Verdienst und in der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert sind! Die meisten von den ausgesteuerten, arbeitslosen Bauarbeitern stecken bereits tief in Schulden. Was bedingt, daß der Kredit bei ihrem Kaufmann von Tag zu Tag weiter sinkt. Nur in den allerdringlichsten Fällen kann das Wohlfahrtsamt einsehen, weil auch diesem Amt nur spärliche Mittel zur Verfügung stehen. Infolge einer ungewöhnlich stark darniederliegenden Arbeitsmarktlage können die Arbeitsämter nur wenige Arbeitslose in Arbeit vermitteln, während den arbeitslosen Bauarbeitern keine Mittel zur Finanzierung einer Reise, um Arbeit suchen zu können, zur Verfügung stehen. Und daheim hungern die Kinder. Welch ein entsetzliches Los!

Witten im Hochsommer noch über 500 000 Bauarbeiter arbeitslos ist eine Tatsache, die so recht den Ernst der Lage beleuchtet, in der sich die deutsche Wirtschaft befindet. Und noch immer kein Lichtblick, keine zuverlässige Aussicht auf eine wesentliche Besserung der Wirtschaftslage. Wir haben zur derzeitigen Reichsregierung das Vertrauen, daß sie fest entschlossen ist, wirkungsvolle Maßnahmen, die zu einer Umkehrung der Wirtschaft führen, zur Durchführung zu bringen. Vielleicht wären wir schon ein gut Stück auf dem Wege zu einer Besserung der Lage weiter, wenn alle Abgeordneten des auseinandergeflogenen Reichstages den ehrlichen Willen zu einer verständnisvollen Zusammenarbeit aller an einer Wiedergeburt der niedergebroschenen Wirtschaft interessierten politischen Parteien aufgebracht hätten. Statt dessen haben viele von jenen Abgeordneten, die sich immer so gerne als die geborenen Beschützer der Demokratie und des deutschen Parlamentarismus aufspielen, in der Stunde höchster Not des deutschen Volkes erbärmliche Parteiinteressen über die furchtbare Not des Volkes gestellt. Auch wir sind bestimmt nicht mit allen Einzelheiten des reichsregierungszeitigen Reformprogramms einverstanden. Aber die von Tag zu Tag immer mehr ansteigende Volksnot erfordert entschlossenes Handeln. Selten war die Verantwortung größer, die auf den Schultern der verantwortlichen Reichsminister lastet, als in der Gegenwart. War es nicht geradezu verantwortungslos von bestimmten politischen Parteien des alten Reichstages, daß sie wegen kläglicher Parteiinteressen das Erforderliche scheitern ließen, das bestimmt zu einer wesentlichen Erleichterung der Wirtschaftslage und zu einer merklichen Milderung der Massenarbeitslosigkeit geführt hätte? Die derzeitige Reichsregierung hat eine Reihe von Vorschlägen gemacht, auf die nicht verzichtet werden kann, wenn es gelingen soll, den von ihrer Vorgängerin übernommenen wirtschaftlichen und finanziellen Scherbenhaufen in absehbarer Zeit aufzuräumen. Man hätte meinen sollen, daß an einer Besserung der Wirtschaftsverhältnisse, an einer Wiedereingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß, an einer Behebung der Notlage im Volke und an einer Beseitigung des übergroßen Elendes in weiten Kreisen der deutschen Arbeiterschaft alle Abgeordneten des alten Reichstages gleichmäßig interessiert seien. Selten haben Abgeordnete das deutsche Volk und besonders uns Arbeitnehmer so gewaltig getäuscht wie in den letzten Wochen eine Reihe Abgeordneter des alten Reichstages.

Der Reichswirtschaftsrat hat eine Reihe von Vorschlägen, besonders auf wohnungsbaupolitischen Gebiet, in Richtlinien festgelegt, die er für geeignet hält, das deutsche Wirtschaftsleben wieder in Fluß zu bringen. Die Spitzenverbände des Baugewerbes auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite haben sich nach eingehenden Beratungen diese Richtlinien zu eigen gemacht und sich verpflichtet, die darin emp-

fohlenen Maßnahmen bei allen in Betracht kommenden Behörden und Stellen nachdrücklich mitzubetreten. In einigen Bezirken haben bereits mit den Vertretern der Industrie und des Handwerks, der Städte und der Landgemeinden und einer Reihe anderer Behörden sowie der Gewerkschaften Besprechungen über gemeinsam durchzuführende Aktionen stattgefunden, die eine rasche Wiederbelebung der darniederliegenden Wirtschaft zum Ziele haben. Auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung und einer Linderung der Notlage in den Reihen der Mitglieder haben die Bauarbeiterverbände schon immer, ganz besonders aber in den letzten Monaten, Großes geleistet, ohne daß die Mitglieder immer sofort von allen einzelnen Maßnahmen erfahren. Und trotzdem begann in den letzten Wochen angeichts der von uns immer bekämpften Notlage so mancher Kollege zu wanken. Mancher ließ die Hoffnung auf bessere Tage sinken und spielte mit der Frage, ob jetzt und in Zukunft für ihn Gewerkschaften überhaupt noch von Nutzen sein können.

Ich habe vollstes Verständnis für die furchtbare Stimmung, die über einen arbeitswilligen arbeitslosen Kollegen kommen muß, wenn er trotz bestem Willen keine Arbeit finden kann und keine Arbeitslosenunterstützung mehr erhält, weil er ausgesteuert ist. Aber ich habe kein Verständnis dafür, wenn ein solcher Kollege selbst in größter Not glaubt, sich, seiner Familie und seinem ganzen Stande auch nur im geringsten zu dienen, wenn er seiner Gewerkschaft den Rücken kehrt und den Glauben an eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse aufgibt. Geben wir die Gewerkschaften auf, dann entfällt unserer Hand die einzige unentbehrliche, wirksame und zuverlässige Waffe im Kampfe um die Besserung unserer materiellen und kulturellen Lage. Geben wir die Gewerkschaften und den Glauben an ihre Stärke auf, dann geben wir uns selbst auf, während die soziale Reaktion triumphieren würde über den Unbestand derer, die ihre zuverlässigste Stütze aufgeben. Wir wären ja in einem solchen Falle der Opfer nicht wert, die unsere alten Kämpfe und die Förderer der deutschen Gewerkschaften in 40jährigen harten und opferreichen Aufstiegskämpfen gebracht haben.

Nein, meine lieben Freunde! Je größer die Not, um so enger wollen wir uns um das Panier des Verbandes scharen und an der Erstarbung derjenigen deutschen Gewerkschaftsbewegung unablässig arbeiten, deren Grundsätze, auf das öffentliche Leben angewendet und von allen Schichten des Volkes unterstützt, uns Gewähr für eine lichtere Zukunft bieten. Und das ist die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung und für unseren Beruf der Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands. Was bedeutet im öffentlichen Leben die schwache Kraft des einzelnen, während Mächtigkeiten gegen Mächtigkeiten stehen und um die Vormachtstellung zäh kämpfen. Wenn wir als Arbeitnehmer im öffentlichen Leben bestehen und uns erträgliche Lebensbedingungen erkämpfen wollen, dann müssen wir unsere starken, verantwortungsbewußten und verantwortungsbereiten Gewerkschaften erhalten und ausbauen, sonst kommen wir unter die Räder. Vergleichen wir einmal den Einfluß der Arbeiter mit dem Einfluß der Beamten im ganzen öffentlichen Leben, und wir werden feststellen, daß sich die Beamten dank ihrer gewerkschaftlichen und politischen Aktivität eine Position geschaffen haben, um die man sie beneiden kann. Wie war dies möglich? Die Antwort auf diese Frage ist ganz einfach. Weil 80 Prozent aller Beamten gewerkschaftlich und politisch organisiert sind und an der Hebung ihres Standes tatkräftig mitwirken, während von den vielen Millionen Arbeitern in Deutschland höchstens 35 Prozent gewerkschaftlich zusammengeschlossen sind. 65 Prozent aller deutschen Arbeiter laufen mit verschlossenen

Augen in der Welt herum oder scheuen den Beitrag, der für den Aufstiegskampf unseres Standes unentbehrlich ist und werden so zu Helfershelfern unserer Widersacher.

Der Weg, auf dem allein wir eine Besserung unserer Lage als Arbeitnehmer im Staats- und Wirtschaftsleben erreichen können, führt auch für uns Arbeiter nur über einflussreiche, finanzkräftige Gewerkschaften und über eine weit aktivere Mitarbeit der deutschen Arbeiter in denselben. Diese Voraussetzungen zu schaffen, das ist unsere Aufgabe. Noch ist es Zeit. Nutzen wir sie!

Die steuerlichen Veränderungen durch die Notverordnung

Durch die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 wurden an neuen Steuern eingeführt:

1. Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes.
2. Der Zuschlag zur Einkommensteuer für die Einkommen von mehr als 8000 RM.
3. Zuschlag zur Einkommensteuer der Ledigen.

Daneben sind für die Gemeinden im Rahmen eigener Entscheidung Besteuerungsmöglichkeiten für Bier und die sogenannte Bürgersteuer vorgesehen.

Die Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes berührt uns im einzelnen nicht. Sie beträgt allgemein 2 1/2 Prozent der Gehälter unter Weglassung eines Aufzuges der Kinderzulage. Der Zuschlag zur Einkommensteuer für die Einkommen von mehr als 8000 RM. tut uns bestimmt nicht weh, weil wir die Voraussetzung nicht erreichen. Der Zuschlag zur Einkommensteuer der Ledigen ergibt sich zunächst daraus, daß die bisherigen Abschläge von 25 Prozent vom Steuerbetrag nicht mehr erfolgen. Soweit das Einkommen 2640 RM. jährlich (220 RM. monatlich) übersteigt, wird zum Lohnsteuerfuß ein Zuschlag von 10 Prozent erhoben.

Ein Beispiel möge die Neuregelung im Gegenfall zur alten veranschaulichen. Bei einem Wochenlohn von 60 RM. kam ein steuerfreier Betrag von 24 RM. in Abzug, es verblieb dann ein zu versteuernder Betrag von 36 RM., 10 Prozent Steuer hiervon ergibt 3,60 RM., 25 Prozent Abschlag von 3,60 RM. sind 0,90 RM., da nur 0,70 RM. Abschlagshöchstmaß in Frage kamen, betrug die Steuer 2,90 RM. Nach der Notverordnung fällt der Abschlag fort und ist somit der Betrag von 3,60 RM. als Steuerfuß wieder da. Die Ueberschreitung der Monatsgrenze von 220 RM. ist bei 60 RM. gegeben. Es kommt also der Zuschlag von 10 Prozent zu 3,60 RM., ist 0,36 RM., abgerundet 0,35 RM. in Frage.

Als ledige Personen gelten Nichtverheiratete; Verwitwete und Geschiedene dann, wenn aus ihrer Ehe keine Kinder hervorgegangen sind. Von den Zuschlägen sind befreit unverheiratete Frauen, denen Kinderermäßigungen schon früher zustehen, so dann auch Steuerpflichtige, die zur Unterhalt ihrer geschiedenen Ehefrau oder eines bedürftigen Eltern teiles seit einem Jahre mindestens 10 Prozent ihres Einkommens aufwenden, und denen deshalb die Lohnsteuer vor dem 1. Juli 1930 ermäßigt worden ist. Also alle Personen, die seither schon im Genuß der Familienvergünstigungen standen. Die Neuregelung der Steuer gilt ab 1. September bis spätestens 31. März 1931. Die Ledigensteuer ist also die einzige Reichsteuer, die einen Teil der Arbeiter, und zwar erst ab 1. September betrifft.

Die Gemeinde Biersteuer und die Bürgersteuer werden den Gemeinden als Möglichkeiten steuerlichen Ausgleichs vorgeschlagen, brauchen also nicht eingeführt zu werden, und sollen in der Hauptsache in Orten, wo die Gemeindeeinnahmen besonders infolge der notwendigen Wohlfahrtskosten jetzt nicht ausreichen, einen Ausgleich schaffen. Ihre Einführung hängt also von einem Beschluß der Gemeindevertretung, der sich finanziell rechtfertigen muß, ab. Die Gemeinde-

steuer ist eine indirekte Steuer und wirkt sich im Preis der Getränke aus. Sie soll betragen bei Einfaßbier 2,50 RM., bei Schankbier 3,75 RM., bei Vollbier 5 RM., bei Starkbier 7,50 RM. je Hektoliter. Die Belastung je Liter beträgt also die gleiche Pfennigseinheit wie die angegebene Markeinheit für den Hektoliter. Da durch die letzte Reichssteuersteuer in großen und ganzen starke Preisaufwendungen vorgenommen worden sind, wird eine Gemeindebiersteuer in vielen Orten eine Erhöhung des Bierpreises nicht notwendig machen.

Die Bürgersteuer, bekannt unter dem Namen Kopfsteuer, wird gleichfalls nur in Gemeinden eingeführt, wo die Gemeindevertretung eigene Beschluß hierzu faßt. Die Höhe der Bürgersteuer wird von den Ländern durch Festlegung eines Landesfußes bestimmt. Die vom Reich festgelegte Mindestgrenze beträgt für Personen mit einem Jahreseinkommen von nicht mehr als 8000 RM. 6 RM., zwischen 8000 und 25000 RM. 12 RM., zwischen 25000 und 50000 RM. 50 RM., zwischen 50000 und 100000 RM. 100 RM., zwischen 100000 und 200000 RM. 200 RM., zwischen 200000 und 500000 RM. 500 RM., bei mehr als 500000 RM. 1000 RM. für das Jahr. Werden höhere Sätze bestimmt, so müssen sie zueinander in dem gleichen Verhältnis wie vorstehende festgelegt werden.

Bei Personen, die einkommensteuerfrei sind, ermäßigt sich die Steuer auf die Hälfte, also 3 RM. für die Ehefrau, deren Mann Bürgersteuer zahlt, beträgt der Steuerbetrag die Hälfte des Steuerfußes des Mannes. Im Arbeiterfalle also 3 RM. Die Steuer trifft im Beschlußfalle alle im Gemeindebezirk wohnenden, natürlichen Personen im Alter über 20 Jahre.

Sie darf nicht erhoben werden von Personen, die mindestens seit einem Monat vor dem Stichtag Krisenunterstützung bezogen haben, und nicht von solchen Personen, die am Stichtag laufende öffentliche Fürsorge genießen. Der Reichsminister der Finanzen ist ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats weitere Personenzreise von der Steuerpflicht zu befreien. Der letztere Abzug ergibt die Möglichkeit, die Steuerbefreiung auch auf andere bedürftige Kreise auszudehnen.

Gewogen und zu leicht befunden

Jedes Ding hat seine Zeit und braucht zu seiner Entwicklung auf jeder Stufe die entsprechende Reife. Die kann man nicht erzwingen. Aber gerade darum sollte man sie pfleglich behandeln. Sonst verfaßt das, was zu werden sich anstrengt, schon vor der Zeit der allgemeinen Lächerlichkeit und ist erledigt, ehe es sich noch auswirken konnte. Es ist deswegen noch lange nicht jeder ein Mann, der so tut, als wäre er einer.

Auch ist nicht der ein Demokrat, der das Maul aufreißt und politisch Unmündigen seine Bittentarte von der blanten Seite präsentiert, um mit jungemsthem Madan oder spießbürgerlicher Ueberheblichkeit zu demonstrieren, was für ein Kerl gerade er ist, welche Hindmänner und Trottel die anderen sind. Auch das Windmachen hat seine Zeit, und wenn die Völkre keine Frucht angekehrt hat, dann kann man mit vollen Baden blasen und wird doch nur leeres Strohdorn ernien. „An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen.“

Auch die Früchte des verfloffenen Reichstages waren danach. Demokratie kommt vom griechischen Demos und will besagen, daß das Volk sich selbst registert. Sollte man boshaft sein und die Selbstregierung nach dem Trauerspiel, das innerhalb und außerhalb der Wände des Ballotbaues in den letzten Wochen angeführt wurde, beurteilen, dann müßte man mit einer solchen Demokratie Schluß machen. Im Interesse des Volkes selbst, das die Kosten dieser Komödie zu zahlen hat. Aber das hieße nur, die Geschäfte jener von Interessentklingel und Nachtgeheßen geistlichen Diktaturstreber besorgen, deren Ziel es ist, die Demokratie unmöglich zu machen. Das Volk ist nur indirekt an der Angelegenheit beteiligt. Zwar hat es die Abgeordneten selber gewählt. Aber schließlich konnte es nicht im voraus wissen, ob das demokratische Ziel, mit dem sich gewisse Gruppen jener Mandatäre vorzüglich und überbezüglich vorher gefalbt hatten, das rechte war. Es war Schminke.

Nun hat es sie an ihren Früchten erkannt. An diesen Mandatären geht die Demokratie zugrunde. Sie waren Windmacher der Demokratie; haben ihren tiefsten Sinn nicht begriffen. Es fehlte ihnen jede Qualifikation zum Führeramt innerhalb der Demokratie. Ihnen fehlte die Reife. Und fittliche Reife gehört an wesentlichsten zur demokratischen Staatsführung, die die gerechteste, aber zugleich auch die schwierigste Staatsform ist. Einordnung der Gruppeninteressen in die Gesamtinteressen bei den Geschäften, Hinstanzhaltung des persönlichen Ehrgeizes, Selbstdisziplin und Verantwortung bei den Zeiten sind die Fundamente der Demokratie. Daß gerade die sozialistischen Patentdemokraten in der Stunde, wo es hieß, den nicht zuletzt durch ihre Schuld in den Dreck gefahrenen Regierung-

karren wieder auf das solide Geseiße geordneter Verhältnisse zu bringen, aus den kleinlichsten Minderwertigkeitsgefühlen heraus sich quer stellten, zeigt ganz offensichtlich, daß sie von wahrer Demokratie auch nicht eines Geistes Hauch in sich tragen. Was weiter nicht wundernimm, da sie in der Negation groß wurden, die als Kinderkrankheit ihre stärkste Seite bis heute blieb, neben dem anderen großen Irrtum des Gleichstellens von Demokratie mit sozialdemokratischer Partei. Es ist nicht Zufall, sondern schicksalhaft, daß die schlimmsten Reaktionsäre um Eugenberg und die wildesten Radaubröder der Diktatur von rechts und links ihnen zu ihrem negativen „Erfolg“ verhalfen. Sie haben sich zum Steigbügelhalter ihrer greisenden Partner degradiert, von denen jeder ein anderes, eben sein eigenes Süppchen kocht. Statt den Staat über alles zu stellen und die angebahnte wirtschaftliche Gesundung mit den gewiß auch von uns nicht als angenehm empfundenen Mitteln zu stützen, haben sie einen demagogischen Verschleierungstanz aufgeführt, der ihre Wähler darüber hinwegtäuschen sollte, daß sie selbst auf andere Art nicht hätten sanieren können und auch mit den gleichen Mitteln saniert hätten, wenn sie nicht vor der allerdings unpopulären Verantwortung geflohen wären und dem Steuerbuckel die Gießzähne mit ausgezogen nicht zu vermeiden waren. Sie haben durch den Mangel an Mut zur Verantwortung die Demokratie in die höchste Gefahr gebracht. Das Volk braucht keinen Parteiklingel, sondern Arbeit. Es sind genug Sprüche geklopft und übergenug in Opposition gemacht worden. Dringend tut uns solche Volksführer, die zur rechten Zeit zielbewußt handeln.

Nun haben die Wähler das Wort. Was interessierte Leute als Krise der Demokratie bezeichnen, ist eine Krise der Sozialdemokratie. Die Frage ist, ob das Volk reifer für die Demokratie ist als die Führer sozialdemokratischer Färbung. Ob es mündig genug ist, die Spreu vom Weizen zu unterscheiden. Ob es Männer und Frauen mit Verantwortung und Pflichtgefühl in den Reichstag schickt, oder ob es sich von Drückerbergern und Schaumschlägern goldene Berge versprechen läßt. Der Faden ist übergenug belastet; er verträgt keine neue Torheit mehr. Volk, du hast zu entscheiden.

Der Zuwachs der Erwerbstätigen — eine Ursache der Arbeitslosigkeit

Feststellungen des Statistischen Reichsamts

Bei der Beurteilung der gegenwärtigen hohen Arbeitslosenziffer — die Zahl der Arbeitslosen beträgt beinahe drei Millionen — wird sehr leicht eine wichtige Tatsache außer Betracht gelassen, die mit einer der vielen Ursachen der hohen Arbeitslosenziffer bildet: nämlich die ständige Zunahme der Zahl der erwerbstätigen Bevölkerung. Die letzte, im Juni 1925 durchgeführte allgemeine Berufs- und Betriebszählung errechnete nach Abzug der öffentlichen Beamten, die für eine Belastung des Arbeitsmarktes nicht so sehr in Betracht kommen, 19 560 000 Erwerbstätige, die unter die große Gruppe der Arbeitnehmer zu zählen sind. Diese Ziffer gliedert sich wie folgt:

Arbeiter	14 434 000
Angeestellte	3 600 000
Hausangestellte	1 326 000
Heimarbeiter	200 000
Arbeitnehmer zusammen	19 560 000

Wenn man zu dieser Ziffer der hauptamtlich erwerbstätigen Personen noch die damals vorhandenen rund 300 000 nebenberuflich als Arbeitnehmer beschäftigten Menschen hinzurechnet, so ergibt sich eine Gesamtziffer von etwa 19 860 000, die in einem künftigen Lohn- oder Anstellungsverhältnis stehen.

Seit der letzten Berufszählung im Jahr 1925 ist eine solche umfassende Erhebung nicht mehr vorgenommen worden:

Ren in das Erwerbsleben sind eingetreten:	
Zeitraum	
Mitte bis Ende 1925	253 000 Personen
Im Laufe des Jahres 1926	481 000
„ „ „ „ 1927	391 000
„ „ „ „ 1928	296 000
„ „ „ „ 1929	123 000
„ „ „ „ 1930	5 000

Wenn man von der Annahme ausgeht, daß der Zuwachs an Erwerbstätigen so ziemlich vollständig der großen Schicht der Arbeitnehmer zuzurechnen ist, so ergibt sich, daß Anfang 1930 die Zahl der Arbeitnehmer sich auf rund 21 104 000 stellt. Zur Annahme 1931 würde eine Rückwärtsentwicklung von etwa 25 000 erfolgen, so daß man auf 21 079 000 Arbeitnehmer kommt. Die Gesamtzahl der Arbeitnehmer hat sich also im Laufe der

letzten fünf Jahre um rund 1 500 000 erhöht.

Die Gesamtzahl der Arbeitnehmer hat sich im Verlaufe der Jahre 1925 bis 1929 nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts um 1 532 000 erhöht. Da zur Zeit der Berufszählung, Mitte 1925, nur 214 000 Hauptunterstützungsempfänger als Arbeitslose gezählt wurden, inzwischen aber der Zuwachs an Arbeitnehmern rund 1,5 Millionen beträgt, so zeigt sich, daß bei einer gegenwärtigen Arbeitslosenziffer von beinahe 3 Millionen etwa 1,25 Millionen Arbeitnehmer weniger beschäftigt sind als zur Zeit der Berufszählung.

Unter Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungslage läßt sich auch schon eine Schätzung der voraussichtlichen Zahl der Erwerbstätigen für die späteren Jahre ermöglichen. Schon vom Jahre 1930 ab zeigt sich durch den Ausfall der Kriegsgeburtenjahrgänge eine erhebliche Abnahme der neu in das Erwerbsleben Eintretenden. Gab es im Jahre 1929 noch 1 226 000 Jugendliche, die in diesem Jahr das 15. Lebensjahr vollenden, so stellt sich die Ziffer im Jahre 1930 auf 937 000, 1931 auf 699 000, 1932 auf 624 000, 1933 auf 627 000, und dann vom Jahre 1934 ab wieder auf 976 000 anzuschwemmen. Der große Rückgang in der Zahl der jugendlichen Arbeitskräfte ist auf den Arbeitsmarkt für Lehrlinge und jugendliche Kräfte nicht ohne Einfluß. Das jährliche Wachstum der deutschen Bevölkerung von 300 000 bis 400 000 Menschen bleibt um die Hälfte gegenüber dem jährlichen Bevölkerungszuwachs in den letzten Vorkriegsjahren zurück.

Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten, A.-G.

Unter diesem Namen ist in der vorigen Woche eine neue Gesellschaft gegründet worden, die künftig als Träger der Notstandsarbeiten fungiert. Die seitherige Finanzierung der als Notstandsarbeiten bezeichneten Objekte hat dazu geführt, daß die Auswahl nicht immer glückte, daß in vielen Fällen die Träger der Notstandsarbeiten so gut wie ausschließlich auf fremde Mittel rechneten und daß der Wiedereingang der vom Reich oder der Arbeitslosenversicherung geliehenen Gelder erschwert war. Der volkswirtschaftliche Wert der Notstandsarbeiten darf nicht unterschätzt werden. Vom 1. Januar 1927 bis Ende 1929 wurden beispielsweise von der „Reichsanstalt“ Arbeiten mit über 45 Millionen Tagewerken gefördert. Im Laufe eines Jahres wurden durchschnittlich 250 000 Arbeitslose für 3 Monate beschäftigt, was einer Dauerbeschäftigung von über 60 000 Personen gleichkommt. Da die Mittel der Reichsanstalt nicht ausreichten, um genügende Notstandsarbeiten in Gang zu bringen, mußten durch das Reich und die Länder Kredite bereitgestellt werden, die beim Reich auf 400 Millionen RM. angewachsen sind. Es ergab sich weiter die dem Notstandsarbeitsprinzip entgegengesetzte Tatsache, daß in Zeiten guter Wirtschaftslage, wo Reich und Länder über flüssige Mittel verfügten, genügend hohe Beiträge zur Finanzierung dieser Arbeiten gegeben werden konnten; hingegen zu Zeiten wirtschaftlichen Niederganges, wo durch Notstandsarbeiten Arbeitsausgleich hätte eingesetzt müssen, Reich und Länder so knapp bei Kasse waren, daß sie bedeutend weniger zur Verfügung stellen konnten. Während früher rund 100 Millionen vom Reich an Krediten gegeben werden konnten, bleiben im neuen Haushalt nur noch 45 Millionen verfügbar.

Durch die neue Gesellschaftsform wird erreicht, daß die Finanzierung der Notstandsarbeiten unabhängig von der jeweiligen Finanzlage der öffentlichen Körperschaften wird. Als Finanzunterlage ist vorgesehen, die vom Reich an inländische Darlehensnehmer für Notstandsarbeiten gegebenen Kredite in die neue Gesellschaft einzubringen. Man hofft weiter, in den nächsten zwei bis drei Jahren 180 bis 200 Millionen Auslandskapital herbeizuschaffen.

Als begünstigende Stellen dafür, was von den einzelnen angemeldeten Unternehmungen als Notstandsarbeiten gelten soll, werden wohl die Landesarbeitsämter auch weiter fungieren. Durch die Festlegung eines Zinsfußes von 5-6 Prozent und eine Tilgungsdauer von 25 Jahren scheint die Möglichkeit gegeben, daß gerade solche wirtschaftlichen Unternehmungen gefördert werden können, deren Rentabilität niedrig ist und erst nach einer gewissen Zeit eintritt.

Nach unseren seitherigen Erfahrungen werden in der Hauptsache Meliorationsarbeiten, Straßen- und Dammbauten und ähnlich der Bodenverbesserung oder Geländeerschließung dienende Arbeiten in Frage kommen. Die meisten dieser Arbeiten sind tiefbauartigen Charakters und fallen damit unter den Reichstarifvertrag für Hoch-, Beton- und Tiefbauten und die baugewerblichen Bezirksverträge.

Wir wollen hoffen, daß die neue Gesellschaft, die von Leuten des Reichsarbeitsministeriums und der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung betreut

wird, und in deren Aufsichtsrat auch Vertreter der Arbeiterorganisationen berufen werden sollen, elastisch genug ist, um auch wirklich dem Zweck der Unterbringung Arbeitsloser in Krisenzeiten und bei kurzfristigen Notständen gerecht zu werden. Dazu gehört wirtschaftlich, daß der Apparat vor behördlichen Geschäftsmännern bewahrt bleibt, kaufmännisch arbeitet und damit die beste Grundlage für seine Kreditversicherung erreicht. Nach der sozialen Seite hin aber auch eines: Wir haben mit einer Reihe Notstandsarbeiten keine guten Erfahrungen gemacht. Um es offen herauszusagen, die Arbeiterschaft fühlte sich ehrlich betrogen. Ob die Absicht von der Gegenseite, den Auftraggebern oder den Landesarbeitsämtern bestand, möge ununtersucht bleiben. Eine Reihe von Notstandsarbeiten ausgesprochen baugewerblichen Charakters wurden unter den größten geistigen Verrenkungen zu land- und forstwirtschaftlichen Arbeiten oder Gemeinde- und Staatsarbeiten im Sinne der hier einschlägigen Tarife gestempelt. Auch Gerichte haben Urteile hierüber herausgebracht, die dem Rechtssprechenden genügen mögen, die aber dem Rechtsempfinden der Betroffenen zu widergehen. Möge man seitens der neuen Gesellschaft auch sozial auf Ehrlichkeit Wert legen. Was Bauarbeit ist, muß auch als Bauarbeit gewertet und bezahlt werden. Der § 139 Ziffer 4 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes darf von den Verwaltungsausschüssen der Landesämter nicht dahin mißbraucht werden, Löhne festzusetzen, die der Art der ausgeführten Arbeit nicht entsprechen.

Die Verantwortung des Volkes

Für politische Schwächer ist heute die allerbeste Konjunktur. Sie überrennen jede vernünftige Ueberlegung. Sie können das, weil das Volk weitgehend zermürbt ist durch Arbeitslosigkeit, Unsicherheit der Existenz und steuerliche Ueberlastung. Das sind Dinge, die von heute auf morgen nicht zu ändern sind, und die keine Partei, mag sie aussehen wie sie will, auch keine Diktatur, zu beseitigen vermag. Der beste Beweis ist die 21monatige Regierung Müller-Hilferding-Wissell. Über der Staatsbürger, dem die Not über den Kopf wächst, der monatelang untätig sein mußte und seine Familie darben sieht, ist leicht empfänglich für alles, was nur einen Schimmer von Hoffnung in ihm anklingen läßt. Und so einer dahertommt und den Mund vollnimmt von dem, was er sofort ändern und schaffen will, dann ist der mit Sorgen gequälte Staatsbürger leicht geneigt, Blech für bare Münze zu nehmen. Verantwortungslosigkeit ist das Hauptmerkmal dieser Schwächer.

Deshalb Vorsicht vor diesen politischen Geschäftemachern. Not überwindet man weder durch unfruchtbaren Radikalismus, noch durch billige Versprechungen. Die das in der jetzigen Zeit tun, sind von vornherein verdächtig, die Not zu mißbrauchen. Oft wollen sie selber zum Zuge kommen, um ihre niederreißenden Sonderinteressen, von denen sie wohlweislich nicht reden, der Verwirklichung näherzubringen. Darum höre man nicht auf das, was sie sagen, vielmehr auf das, was sie nicht sagen. Radikalismus ist bequem, aber er ist unfähig zum Regieren. Wir können keine Experimente mehr ertragen. Dann sind wir vollends erledigt. Vom Niedergang profitieren nur einige wenige geriffene Spekulanten. Für das Volk bleiben der Hunger und die Not.

Werden die Finanzen des Reiches nicht umgehend saniert, ist in einigen Monaten nichts mehr da zur Auszahlung von Unterstützungen. Die Parteien, die dem Reiche in der höchsten Not die notwendigen Mittel verweigerten, müssen zurückgedrängt werden, damit der Wiederaufbau überhaupt ernstlich angepackt werden kann.

Das Volk hat die Würfel in der Hand. Seine Verantwortung ist ungeheuer groß. Es würfelt um sein eigenes Geschick. Deshalb dürfen nicht Schlagwörter die Entscheidung beeinflussen, sondern nur die vernünftige Ueberlegung, die den Ernst der Stunde begriffen hat. Nur die Männer und Frauen, die im letzten Reichstag bewiesen haben, daß sie keine sture Opposition machen, sondern positiv mitarbeiten, können wirklich auf Vertrauen Anspruch erheben.

Senkung der Zinssätze

Nach Berathungen in der Fach- und Tagespresse haben seit längerer Zeit auf Anregung des Reichsbankpräsidenten Dr. Luthers im Reichsbankdirektorium Besprechungen mit den führenden Persönlichkeiten des Sparassens-, Genossenschafts- und Bankwesens sowie der entsprechenden Spitzenverbände stattgefunden, um Mittel und Wege zu finden, wie eine Senkung der gegenüber dem letzten Kreditnehmer geforderten übermäßigen Zinssätze und ihre größere Annäherung an den Reichsbankdiskontsatz zu erreichen sei. Sicher kann dieses Vorgehen begrüßt werden. Hat doch die Frage der Zinssenkung in letzter Zeit bei den Erörterungen über die Belebung der Wirtschaft usw. eine nicht unerhebliche Rolle gespielt. Die Reichsbank hat die letzten Diskontsenkungen vorgenommen, um der deutschen Wirtschaft Erleichterung

Am 16. August 1930 ist der dreihunddreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1930 fällig.

gen und Antriebsmöglichkeiten zu verschaffen. Was nützt aber diese Maßnahme der Reichsbank, wenn nicht auch eine allgemeine Anpassung der Zinssätze folgt.

In Handelskreisen wurde damit gerechnet, es könne ein großer Schritt auf dem Wege zu einer allmählichen Senkung von Unkosten und Preisen sein, wenn die Zinssätze des Handels durch engere Beziehungen zu den Banken gemildert werden könnten. In Gewerkschaftskreisen wurde immer wieder nachdrücklich eine Senkung der Zinssätze gefordert und begründet. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß bei einem Reichsbankdiskontsatz von jetzt 4 Prozent die Zinssätze der Banken viel zu hoch seien. Während früher die Zinsspanne zwischen Kredit- und Debetzinsen 2 bis 3 Prozent betrug, sei dieselbe heute 5 und mehr Prozent. Recht deutlich hat Reichsarbeitsminister Dr. Adam Stegerwald in einer seiner letzten Reichstagsreden den großen Wert der Zinssenkung an einem bedeutsamen Beispiel dargestellt. Durch eingehende Erhebungen ist festgestellt worden, daß die Herstellungskosten einer Durchschnittswohnung in Stadt und Land gegenwärtig mit 7500 RM. anzunehmen sind. Von diesen 7500 RM. sind etwa 40 Prozent (nach unseren neuesten Feststellungen 25 Prozent. Die Nebaktion.) oder 3000 RM. Bauarbeiterlöhne. Wenn diese Bauarbeiterlöhne um 5 Prozent gesenkt werden, so ergibt sich eine Ersparnis von 150 RM. Also die Herstellungskosten ermäßigen sich von 7500 RM. auf 7350 RM. Bei 10 Prozent Verzinsung, also bei einer Ersparnis von 150 RM. werden 15 RM. oder monatlich 1,25 RM. gespart. Wenn dagegen der Zinsendienst in Ordnung gebracht wird, und wenn bei den langfristigen Kapitalanlagen alles in allem die Zinsen um 2 Prozent gesenkt werden, dann bedeutet das für eine Wohnung von 7500 RM. eine jährliche Ersparnis von 150 RM. oder eine Mieterleichterung von 12,50 RM. im Monat.

Der Zinssenkung muß also große Bedeutung beigemessen werden. Eine Senkung ist möglich. Das ergibt sich schon aus den großen Unterschieden, die in den verschiednen Gegenden und bei den verschiednen Geldinstituten festzustellen sind.

Daß die Deutsche Volksbank mit ihrer Zinspolitik weitestgehende Billigung erfahren hat, beweist das Vertrauen der Sparer. Weiteres Verständnis muß geweckt werden.

Allgemeine Rundschau

Der Zentralverband christlicher Maler

hielt vom 3. bis 5. August in Königswinter seinen Verbandstag ab. Dieser uns beruflich am nächsten stehende Verband konnte seine Mitgliederzahl nach vorübergehendem Tiefstand wieder auf die annähernde Höhe der Vorkriegszeit bringen. Die derzeitige Wirtschaftslage spielt ihm allerdings in ähnlicher Weise wie auch uns mit. Die finanzielle Entwicklung ist im Rahmen dieser Tatsachen als annehmbar zu bezeichnen. Die mit dem Kleingewerbe besonders zusammenhängenden gewerblichen und sozialen Verhältnisse und die, aus dem handwerklichen Charakter des Berufs sich ergebenden besonderen standespolitischen Wertungen fanden in entsprechenden Vorträgen Ausdruck.

Der Verbandstag des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter

fand am 3. August und nachfolgende Tage in Aachen statt. Der Geschäftsbericht konnte einen im Rahmen der Rationalisierung im Wirtschaftsleben annehmbaren Mitgliederanstieg konstatieren. Die Hunderttausend sind überschritten. Die finanzielle Entwicklung ist günstig. Die sozialpolitische Ueberlastung nahm besonders zu den Wirkungen der planlosen Rationalisierung im Bergbau in den einzelnen Revieren Stellung. Viel Not wird dadurch in ehemals gesunde, vom Bergbau beherrschte Gemeinden und Gebiete getragen. Der Unfallchutz bedarf immer noch weiteren Ausbaues. Die Verteilung des Produktionsertrages ist solange ungerecht, als die Verwaltenden und verteilenden Schichten vor den handarbeitenden Schichten berücksichtigt werden. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns sprach zur Sozialpolitik und gab eine Reihe von Anregungen, wie Mängel der sozialen Gesetzgebung ausgemerzt und weitere Verbesserungen erreicht werden können.

Generalversammlung der Textilarbeiter

Der Zentralverband christlicher Textilarbeiter hielt vom 3. bis 7. August in Dresden seinen Verbandstag ab. Eingehende Behandlung fand die Arbeitslosenfrage. Ihre kulturellen Gefahren wurden durch Professor Dr. Brauer beleuchtet. Die wirtschaftlichen Gefahren und die Vorschläge zur Abhilfe und Milderung wurden in besonderer Berücksichtigung der Berufsverhältnisse behandelt.

Der Verband hat weitere 1000 Mitglieder gewonnen. Einnahmen und Ausgaben und das Verbandsvermögen zeigen ein Bild gesunder Finanzpolitik. Für Kranken-, Arbeitslosen- und Sterbeunterstützung wurden von der Hauptkasse 93000 RM. verausgabt.

In den letzten Jahren wurde eine Reihe von großen Bewegungen in der Textilindustrie glücklich zum Vorteil der Mitglieder erledigt, bei denen ein hartes Bestreben der Arbeiterschaft zu bemerken

war, unseren Bruderverband in seinen Kerngebieten besonders zu treffen.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, aber auch der naturgemäß starke Prozentfuß weiblicher Mitglieder, sind Faktoren, die einen Aufstieg erschweren. Wenn die Entwicklung trotzdem so günstig war, dann zeugt dies für rührige Arbeit von Mitgliedererschaft und Verwaltung.

Konsumgenossenschaftstag

Der Reichsverband deutscher Konsumvereine hielt in den Tagen vom 26. bis 28. Juli in Duisburg seinen 21. Genossenschaftstag ab. Getreu langjähriger Tradition wurden im ersten Teil sittliche Fragen der Genossenschaftsbewegung, im zweiten Teil wirtschaftliche Angelegenheiten behandelt. Ueber die notwendige innere Verbindung zwischen der Landwirtschaft als Urproduzenten und den Verbrauchern und die notwendigen Maßnahmen, sich auch wirtschaftlich wieder näherzukommen, sprach Professor Beckmann von der Landwirtschaftlichen Hochschule in Bonn. Das Thema „Genossenschaft und Familie“ wertete in bekannt tiefgründiger und auch das Gemütsleben berücksichtigender Form der aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangene Professor Dr. Brauer. Seine Worte wären wert gewesen, von allen Arbeiterfamilien und besonders den Frauen gehört zu werden. Das Thema „Staat, Konsumgenossenschaft und Steuerrecht“ behandelte unter besonderer Würdigung des an den Konsumgenossenschaften begangenen Unrechts Generaldirektor Schlaaf. Die wirtschaftlichen Berichte wiesen aus, daß die große Einkaufs- und Produktions-U.G. deutscher Konsumvereine (Gepag) im abgelassenen Jahre ihren Umsatz gegenüber dem Vorjahre um 18,21 Prozent steigern konnte. Dem Reichsverband deutscher Konsumvereine waren am Schluß des Jahres 1929 273 Genossenschaften mit einer bereinigten Mitgliederzahl von rund 765 000 angeschlossen. Der Gesamtumsatz betrug über 203,25 Mill.; die Umsatzsteigerung gegenüber dem Vorjahre wurde mit 10,6 Prozent festgestellt. An Rückvergütungen wurden 10 122 824 Reichsmark, 18,7 Prozent mehr als im Vorjahre gezahlt. Die Spareinlagen der Mitglieder haben 40 Mill. erreicht.

Die Entwicklung dieser in unserer geistigen Grundauffassung arbeitenden Bewegung ist erfreulich. Neben der Frage, wieviel man verdient, ist ebenso schwerwiegend die Frage, wieviel man für seinen Arbeitsverdienst an wirtschaftlichen Werten erstehen kann.

Kauf im eigenen Lande

Der Deutsche hat seit alters her einen kritiklosen Sinn für das Fremde. Vor die Wahl gestellt, kauft er lieber ausländische Produkte als die vielleicht besseren und womöglich auch billigeren seines Landesmannes. Das ist heute viel schlimmer als vor dem Kriege. Für Butter, Käse und Eier mußte Deutschland im Jahre 1913 = 390 Millionen Mark aus Ausland zahlen, im Jahre 1927 = 771,4 Millionen RM. und 1928 = 846 Millionen RM. Für Obst lieferten wir 1913 = 302 Millionen Mark aus Ausland, 1927 = 533 Millionen RM. und 1928 = 650 Millionen RM. Die Einfuhr von Toiletteartikeln (Seife, Puder, Parfüm usw.) steigerte sich von 2,9 Millionen Mark im Jahre 1913 auf 5,6 Millionen RM. im Jahre 1927. Das letztere sind völlig überflüssige Luxusausgaben. Statt Südfrüchte und Bananen kann man deutsches Obst essen. Auch kann die Butter-, Käse- und Eierzeugung in Deutschland so intensiviert werden, daß wir vom Ausland nichts mehr einzuführen brauchen. Auch die 501,4 Millionen RM., die wir 1928 für Weizen aus Ausland abführen mußten, könnten wir sparen, wenn wir uns angewöhnen wollten, statt des Weizenbrottes das billigere, nahrhaftere und bekömmlichere deutsche Roggenbrot zu essen. Insgesamt führten wir im Jahre 1928 für 2549,1 Millionen RM. Lebensmittel einschließlich Getränke und für 1266,9 Millionen RM. Fertigwaren, insgesamt für 3816 Millionen RM. ein.

Wenn man bedenkt, daß für je 3000 bis 4000 RM. Wareneinfuhr, würde das Geld für inländische Ware vermehrt, ein deutscher Erwerbsloser wieder eingestellt werden könnte, so sollte man nun endlich damit anfangen, nur deutsche Ware zu kaufen.

Das deutsche Arbeiterschutz-Museum

Auf Grund des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wurde das Reichsamt für Arbeitsvermittlung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eingegliedert. Bei dieser Umorganisation ging die Verwaltung des „Deutschen Arbeiterschutzmuseums“ an die dem Reichsarbeitsministerium unterstehende „Reichsverwaltung der Reichsarbeitsverwaltung“ über. Die Aufgaben des Deutschen Arbeiterschutzmuseums umfassen nunmehr nicht nur die Beschaffung und Pflege der Ausstellungsgegenstände, sondern es soll durch Einrichtungen von Lehrgängen, Vorträgen usw. der Wirkungsbereich wesentlich erweitert werden.

Aus dem Verbandsleben

Berl. Auch unsere Verwaltungsstelle konnte am 27. Juli ihr 25jähriges Jubiläum feiern. Ein Festzug der gesamten christlichen Gewerkschaften und jüdischer Vereine durch die Stadt führte zur Schopenhalle. Dort begrüßte der Vorsitzende des Ortskartells, Kollege Korte, die Anwesenden, besonders die Herren Vertreter der geistlichen und weltlichen Behörden. Geleitend Vogelwang sprach einen Festprolog. In der Festrede bejahte Kollege Witt (Wenden) zunächst das Festfeiern aus einem solchen Anlaß. Er verglich die Arbeiterkongresse und Festlichkeiten von heute mit denen vor 20 Jahren. Heute nehmen geistliche und weltliche Obrigkeiten, auch unsere Minister an

solchen Festlichkeiten teil. Das war vor 30 Jahren nicht so. Damals war der Arbeiter noch rechtlos. Die christlichen Arbeiter hatten damals zu kämpfen gegen andere Gewerkschaftsrichtungen, gegen Unternehmer und gegen Behörden, besonders Polizeibehörden. Durch zielbewusstes sicheres Programm haben sich die christlichen Gewerkschaften den Platz in der Wirtschaft erkämpft. Stichtwortartig sei bei den Erfolgen nur erinnert an die Arbeitszeitnotverordnung, die Arbeiterschutzbestimmungen, die Tarifverträge und sozialen Versicherungen.

Die Ehrung der Jubilare nahm Koll. Werner (Paderborn) vor. Er sagte u. a. folgendes: „Treu seid ihr durch 25 Jahre den Zielen der christlichen Gewerkschaften gefolgt. Ihr habt eure Pflicht erfüllt in guten und schweren Tagen. Und das adelt den Menschen und gibt ihm innere Befriedigung. Möge Gott euch vergelten was ihr im Dienste der christlichen Heberzeugung getan habt. Möge auch der Jugend euer Beispiel leuchten, in Einigkeit und Pflichttreue.“ Mit Dank gedachte er dann auch derjenigen Gründer, die diesen Tag nicht mehr miterleben konnten, der im Weltkrieg Gefallenen und derjenigen, die sich zu selbständigen Baugewerbetreibenden emporgearbeitet haben. Dank auch den Frauen, die in den stillen Zeiten ohne Kleinlichkeit ihren Männern zur Seite standen. Mit der Heberzeugung der Diplome und Silbernadeln verband Kollege Werner auch die Grüße des Hauptvorstandes und der Bezirksleitung. Als Jubilare rief er auf: Adolf Janke, Josef Gräwe, Andreas Diers, Theodor Schulte, Wilhelm Speitz und Heinrich Schäfer. „Gedenkt der gemeinsamen Arbeit, tragt die Nadel mit Stolz und gebt dem Diplom in eurem Heim einen Ehrenplatz.“ So schloß der Redner. Im Namen der Jubilare dankte Kollege Speitz und versprach auch weiter beste Pflichterfüllung.

Herr Bürgermeister Dr. Rahtshiem sprach im Namen der Gasse und überbrachte die Grüße und Wünsche der Stadt. Er ermahnte alle im Geiste der Jubilare zu arbeiten und jede ehrliche Heberzeugung zu achten. Die Kinder wurden wie üblich beschenkt und mit Spielen unterhalten.

Sendehorst. Im Vorjahre konnten wir fünf Kollegen für 25jährige Mitgliedschaft im Verbands ehren. In diesem Jahr haben wir die Freude, weitere drei Kollegen, darunter unseren 1. Vorsitzenden, für ein Vierteljahrhundert gewerkschaftlicher Treue auszuzeichnen zu können. Zu diesem Zweck veranstalteten wir am Sonntag, dem 3. August eine kleine Feier. Die Hebergabe der Diplome erfolgte durch den 2. Vorsitzenden und den Kassierer. Die Glückwünsche fanden ihren Ausklang in einem kräftigen Hoch auf die Jubilare. Die Feier war ein Bild guten Verbundenseins der Kollegenschaft. Unsere Jugendkollegen hätten sich allerdings etwas vollzähliger beteiligen können.

L. G.

Stunden arbeiten lassen, Meldung erstattet werden, damit diese auf Grund des Erlasses des Reichsarbeitsministeriums in Zukunft bei Vergebung von aus Reichsmitteln bezuschulchten Arbeiten nicht berücksichtigt werden dürfen. Die ländlichen Siedlungen des Kreises Hümmling sind wohl als derartige Arbeiten anzusehen. Für das Arbeitsamt Leer in Ostf., wozu auch der Kreis Hümmling gehört, ergibt sich hier ein dankbares Arbeitsgebiet. Manchem arbeitssuchenden Bauarbeiter könnte geholfen werden, wenn das zuständige Arbeitsamt mal selbst nach dem Rechten sehen würde. Erste Aufgabe eines Arbeitsamtes soll die Arbeitsvermittlung sein. Eine bessere Verteilung der Arbeit ist hier noch möglich.

Bekanntmachungen

Bezirk Berlin

Nachstehende Verwaltungsstellen haben wieder verfallen, rechtzeitig ihre Arbeitslosenzahlkarte einzuliefern: Meseritz, Kottbus, Schwerin a. d. B., Schwiebus, Tirschtiegel, Fehne, Forstena, Klausdorf, Wellentin, Fr.-Friedland, Schönlanke, Stegers, Flöthenstein, Que (Ergeb.), Leipzig, Lugau, Halle a. S., Dessau, Bad Bibra, Kottbus i. M. Wir hoffen, daß dieser Hinweis genügt, um künftig für pünktliche Einlieferung Sorge zu nehmen.

Gleiwitz

In der Zeit vom 17. bis 23. August finden die Monatsversammlungen wie folgt statt:

- Am 17. August in Rauden, 12 Uhr mittags.
- Am 17. August in Schönwald bei Kottbus, 3 Uhr nachm.
- Am 17. August in Dürppa, 6 Uhr nachm.
- Am 18. August in Gr. Strehlitz, Oppelner Straße bei Krassitz, 4 1/2 Uhr.
- Am 19. August in Gleiwitz, Christliches Gewerkschaftshaus, 7 Uhr.
- Am 20. August in Beuthen, Gohstraße, bei Karas, 7 Uhr.
- Am 21. August in Hindenburg, Kronprinzensstraße, bei Eisner, 7 Uhr.
- Am 22. August in Ratibor, Bruntau (Ecke Cofelers) Straße, bei Wartenberger, 4 1/2 Uhr.
- Am 23. August in Gijowa, nach Feierabend, 6 Uhr.

Bezirksleiter Kollege Leuninger (Breslau) spricht über ein zeitgemäßes Thema. Kein Bauarbeiter darf fehlen.

Der Vorstand. S. A.: Heidrich.

Bücherschau

Unser Handbuch für Betriebsräte. Dritte durchgesehene und verbesserte Auflage. Jetzt in Ganzleinen gebunden. Trotz erhöhter Selbstkosten und trotz des besseren Einbandes ist der Mitgliederpreis von 3,- RM. nicht erhöht worden. Bei Sammelbestellung noch billiger. Nichtmitglieder zahlen 5,- RM. — Das neue Betriebsrätehandbuch unterscheidet sich von dem alten dadurch, daß die wichtigste Rechenrechnung, insbesondere die des Reichsarbeitsgerichts, berücksichtigt und auch größtenteils zitiert wurde. Das Buch ist damit auf den neuesten Stand gebracht und gibt wirklich zuverlässige Auskunft auf die bedeutendsten Fragen der Praxis. Außerdem ist der Abschnitt über Stundungsschuld erheblich ausgestaltet und verbessert worden, weil es sich gezeigt hat, daß gerade dieser Teil des Handbuchs von den Kollegen mit besonderem Interesse aufgenommen worden ist. Die Aufgabe des Handbuchs ist darin zu erblicken, daß vor allem den Betriebsvertretern, den Vertrauensleuten, den Arbeitsrichtern und den Gewerkschaftssekretären eine in verständlicher Form abgefaßte billige und äußerlich handliche Darstellung der wichtigsten Fragen des Betriebsrätegesetzes zur Verfügung gestellt werden soll. Der beste Beweis für die Brauchbarkeit unseres Handbuchs ist die Tatsache, daß in drei Jahren 11000 verbreitet wurden.

Christlicher Gewerkschafts-Verlag, Berlin-Wilmersdorf.

Sterbetafel

Am 17. Juli starb unser liebes Mitglied und Vorsitzender der Verwaltungsstelle Naumburg a. O. der Kollege Johann Hillebrand, im Alter von 67 Jahren. Wir haben in ihm einen stets guten Freund und Kollegen verloren.

Die Verwaltungsstelle Naumburg a. O.

Am 25. Juni starb unser jugendlicher Kollege Hugo Oswald Redmer aus Frankenholz a. d. Saar infolge eines Unglücksfalles.

Verwaltungsstelle Saarbrücken.

Am 29. Juli starb unser treuer Kollege, der Maurer Leo Söbcke, nach einem längeren schweren Leiden.

Verwaltungsstelle Weiskorn-Lüderode.

Am 31. Juli starb unser treuer Kollege und langjähriges Vorstandsmitglied, der Maurer Josef Pieper, an Lungenerkrankung im 55. Lebensjahre. Er war ein Vorbild für uns alle.

Verwaltungsstelle Dämen.

Ehre ihrem Andenken!

Kollegen! Berücksichtigt bei Bedarf die Inserenten der „Baugewerkschaft“

Von den Arbeitsstellen

Selten die gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit auch im Kreise Hümmling?

Das Baugewerbe des Kreises Hümmling ist auch in diesem Jahre gut beschäftigt. Mit Hilfe von Reichs- und Staatsmitteln werden dort eine ganze Anzahl ländlicher Siedlungshäuser errichtet. Im letzten Frühjahr gelang es unserer Organisation, in diesem Gebiet Fuß zu fassen. Festgestellt wurde, daß in diesem abgelegenen Gebiet die gesetzlichen Bestimmungen über die Regelung der Arbeitszeit den Arbeitgebern, Arbeitnehmern und anscheinend auch den Hütern des Gesetzes unbekannt geblieben waren. Es wurde unterrichtet sofort alles unternommen, um die dort noch vorherrschende 10- bis 12stündige Arbeitszeit zu beenden. Der Versuch einer Befreiung dieses Gebietes war nur durch Erstattung von Anzeigen möglich. Eine Befreiung der Schuldigen ist aber unseres Wissens bisher nicht erfolgt. Angeblich deshalb nicht, weil die „Schuldlosigkeit“ durch die Polizeiwirgane festgestellt worden sein soll. Bei jedem zur Anzeige gebrachten Schuldigen wurde eine Anzahl Zeugen benannt. Eigenartigerweise erfolgte die Benennung dieser Zeugen nicht eidlich beim Gericht, sondern durch einen Landjäger auf der Arbeitsstelle und vielfach in Gegenwart des zur Anzeige gebrachten Unternehmers. Wie eine derartige Zeugenangabe ausfallen muß, ist jedem denkenden Menschen klar. Auf unsere Beschwerde gegen eine derartige Benennung von Zeugen, wurde uns mitgeteilt, daß die Zeugen darauf aufmerksam gemacht seien, daß sie ihre Aussage eventuell beim Gericht unter Eid wiederholen müßten. Eine gerichtliche eidliche Benennung der Zeugen erfolgte aber unseres Wissens bisher nicht. Die Verfolgung der zur Anzeige gebrachten Unternehmer von Amts wegen wurde dann auf Grund der gemachten Zeugenangabe vom zuständigen Amtsanwalt abgelehnt.

Eine am Sonntag, dem 3. August, in Sögel stattgefundene Versammlung der Bauarbeiter, nahm zu dieser Angelegenheit Stellung. Allgemein war man der Heberzeugung, daß eine ganze Anzahl arbeitsloser Bauarbeiter im Kreise Hümmling Beschäftigung finden würden, wenn die in Frage kommenden Behörden endlich dafür sorgen würden, daß im Kreise Hümmling die gesetzlichen Bestimmungen über die Regelung der Arbeitszeit genaue Beachtung finden. Die Verhandlung wurde beauftragt sich nunmehr beschwerdeführend an die zuständigen Regierungsstellen zu wenden. Auch soll über alle Arbeitgeber, bei denen festgestellt wird, daß sie länger als acht

Von Bremen

ins Land kommen ca. 36000 Stück neue Kaffeetische aus Handtuchstoff. Preis pro Stück 89 Rpf., weil ungenutzt und ohne jeden Schraufdruck geliefert. Dieselben sind von guter Qualität, gar fehlerfrei u. für kräftige Handtücher zu verwenden. Jeder Kaffeetisch enthält zwei Handtücher, weiß u. buntem Rand. Daher große Ersparnis für alle. Versand direkt an Private ohne verzeuenden Zwischenhandel von 10-20 Stück, bei 30 Stück porto- und verpackungsfrei unter Nachnahme. — Garantiert Rücknahme.

Artur Albers, Bremen Nr. 52, Postschließfach Nr. 156.

Teakholz-Wasserwagen in höchster Vollendung!

	Stühle 25 x 50 und 25 x 55 mm					
100	90	80	75	70	60	50 cm
3,40	3,20	3,-	2,90	2,80	2,60	2,40 RM.
Extra-Qualität						
4,50	4,25	4,-	3,85	3,75	3,50	3,25 RM.

Alle Werkzeuge, Bekleidung, das Beste auf dem Markt lt. Katalog sofort lieferbar. Verf. geg. Nachn. Von 10 RM. an portofrei. Jede 12te Wasserwaage wird gratis geliefert.

Westemeier & Co., Bielefeld, Hegelstraße.

Baumarbeiterhosen aus III-Drahtleder mit Per Schutz u. Leder-sohlen 12,- RM., aus II-Drahtleder 9,- RM. u. 6,50 RM. Mauer-sohlen 1,20 RM. Echt Linder-Manchesterhosen Qual. I 17,- RM., II 13,- RM., III 11,- RM. Mauerblusen 5,- RM. Schnellputzstaken per Stück 25 Pf. vers. b. Bestellung von 25 RM. frei Haus. Preisliste u. Muster gratis. Emil Hohlheidt, Dresden 6, Kitterstr. 2. Mechanische Spezialfabrik für Baumarbeiter-Kleidung. Gegr. 1894.

Hamburger Teakholz-Wasserwagen aus altem Schiffbaumholz

Marke „Teakin“



cm	30	40	50	60	70	75	80	90	100
RM.	2,40	2,70	3,-	3,30	3,60	3,80	4,-	4,25	4,50

Kaufen Sie in Wasserwagen nur erstklassige Ausführung. Sehen Sie auf Qualität und nicht auf billige Preisangebote und Geschenke.

Preisliste über Bekleidung und Werkzeuge gratis. Direkt ab Fabrik an den Verbraucher nur durch Fritz Ulrich, Altona/Elbe 10, Gustavstr. 58/60

Schachtmeister- und Polierschule

Auskunft durch den Oberstudien-direktor der Staatl. Tiefbauschule in RENDSBURG

Meisterschule für Hoch-, Tief- u. Strassenbau

Ansbildung in einem Halbjahr zum Polier oder Schachtmeister, in 2 Halbjahren zum Maurer-, Zimmer-, Straßenmeister und Bauführer. Detmold, Wittjestr. 4 d. Lehrplan frei.

Technikum Sternberg (Recht.)

OLDENBURGISCHE BAUGEWERKSCHULE IN VARELI

Stadt. Lehranstalt für Hoch- und Tiefbau, neuzeitliche Bauformen u. Konstruktion. Staatskommissare. Lehrordnung frei durch Dir. Dipl.-Ing. Leonhardt. Beginn W.-Semester 21. Oktob.

Spezialfabrik für Berufs-Kleidung

Große Lager in 14 Kellen, echte Teakholz-Wasserwagen. Wegen Raumbeschränkung ist es mir nicht möglich, für alle Artikel Preise anzugeben, deshalb fordern Sie vor Auftragserteilung bitte meine Preisliste ab. In Orten, wo nicht vertreten, Versand ab Bielefeld. Louis Mosberg, Bielefeld 5, 44 Breite Str. 44

So billig wie nirgends

Höchste Qualität
Niedrigste Preise
Prachtkatalog kostenlos

Sigurd Gesellschaft
Kassel 51

10% Rabatt